

Hundert Jahre Deutschland

Anmerkungen zur ersten voluminösen Gesamtdarstellung des 20. Jahrhunderts

ALEXANDER BRAKEL

Geboren 1976 in Bonn, stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Ulrich Herbert: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert (= Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert)*, C. H. Beck Verlag, München 2014, 1.451 Seiten, 39,95 Euro.

Wie konnte im 20. Jahrhundert in Deutschland die menschenverachtende Diktatur der Nationalsozialisten entstehen und wie ist es zu erklären, dass sich dasselbe Land wenige Jahre später in ein stabiles demokratisches Staatswesen verwandelte? Entlang dieser doppelten Leitfrage strukturiert

der Freiburger Historiker Ulrich Herbert seine voluminöse Gesamtdarstellung – die erste ihrer Art. An der Beantwortung der ersten Frage scheint er jedoch nicht wirklich interessiert zu sein. Die Kapitel über das Kaiserreich und die Weimarer Republik sind kenntnisreich, mitunter jedoch etwas holzschnittartig verfasst. Zwar erhält der Leser einen guten Überblick, wer sich jedoch bereits etwas intensiver mit dieser Zeit beschäftigt hat, wird wenig Neues erfahren. Insbesondere aber liefert Herbert keine überzeugende Erklärung dafür, warum sich ausgerechnet in Deutschland mit dem Nationalsozialismus eine Ideologie durchsetzte, die nicht nur antidemokratisch war – dies traf auf die autoritären Bewegungen, die in weiten Teilen Europas in den 1920er- und

1930er-Jahren an die Macht kamen, ebenfalls zu –, sondern auf einem bereits im Kern mörderischen Rassismus fußte, der schließlich im größten Menschheitsverbrechen endete. Dafür nämlich hätte es tiefer gehender Vergleiche mit anderen europäischen Staaten bedurft. Anders als in der Einleitung postuliert, schreibt Herbert seine Darstellung aus rein nationalstaatlicher Perspektive. Die Einbettung in den europäischen Kontext beschränkt sich auf kurze Abschnitte, die eher kosmetisch als erkenntnisleitend sind. Ganz anders die Teile über das Dritte Reich und vor allem dessen Gewaltverbrechen: Hier liefert der NS-Experte Herbert eine kompakte und brillante Analyse, die zum Besten gehört, was man zu diesem Thema finden kann. Souverän zeichnet der Verfasser die Entwicklung zum Holocaust nach und zeigt, wie Ideologie und situative Faktoren zusammenspielen. Auch der Mord an den Sinti und Roma, die „Euthanasie“ und der Vernichtungskrieg der Wehrmacht im Osten werden analysiert und in den Gesamtkontext der nationalsozialistischen Gewaltpolitik eingeordnet. Selbst ausgewiesene Fachleute werden diesen Teil des Buches mit Gewinn lesen.

Herbert misst einzelnen historischen Personen jedoch wenig Bedeutung bei. Strukturen und Kollektivsubjekte sind in seiner Darstellung ursächlich für die Entwicklungen. Selbst die Rolle Adolf Hitlers bei „Machtergreifung“, Krieg und Völkermord bleibt unterbelichtet; das gilt für den Einfluss von Heinrich Himmler, Reinhard Heydrich, Hermann Göring oder Albert Speer noch mehr. Der Leser erfährt kaum etwas über Vordenker, Täter und Mitläufer der Vernichtungspolitik, obwohl dies für die eingangs formulierte Leitfrage entscheidend gewesen wäre.

An dem strukturgeschichtlichen Ansatz ändert sich auch in der Darstellung der Nachkriegszeit wenig: Die entscheidenden politischen und ökonomischen Weichenstellungen hätten nicht deutsche Politiker, sondern die Alliierten vorgenommen. Adenauer habe dies klarer als die Sozialdemokraten erkannt und dementsprechend gehandelt. Diese Beobachtung ist sicherlich richtig, allerdings unterschätzt sie die Rolle des ersten Bundeskanzlers, der die Chance, Demokratie und Marktwirtschaft im Einklang mit den Alliierten in der Bundesrepublik zu festigen und den jungen Staat von einem Paria zu einem geachteten Mitglied der westlichen Wertegemeinschaft zu führen, entschlossen nutzte. Herberts Einschätzung, die SPD habe in der Regierung weitgehend ähnlich gehandelt, kann angesichts des langen Weges der Sozialdemokraten zum Godesberger Programm nur verwundern.

Drei Hauptgründe sieht der Autor für die Entwicklung Deutschlands (zunächst des westlichen Landesteils, ab 1990 auch des östlichen) von einer mörderischen Diktatur in eine gefestigte Demokratie: die Entscheidungen der Westalliierten, die günstige wirtschaftliche Entwicklung sowie eine schrittweise erfolgende, aber tief greifende Liberalisierung der Gesellschaft. Weniger Aufmerksamkeit widmet er dagegen den staatlichen Institutionen. Das erstaunt, weil ja bereits das Grundgesetz dem Impetus des „Nie wieder“ gefolgt war und sich die demokratischen Strukturen auch über Jahrzehnte hin als stabile Pfeiler der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erwiesen. Genau dies aber unterschied sie von den Institutionen der Weimarer Republik, des Dritten Reichs und der DDR. Mitunter geraten Herbert

aber diese grundsätzlichen Unterschiede aus dem Blick, so etwa, wenn er die Verfolgung politisch Andersdenkender in der DDR mit dem Verbot der KPD und der juristischen Belangung ihrer Mitglieder in der frühen Bundesrepublik vergleicht. Ähnliches gilt für seine Versuche, die wirtschaftliche Rückständigkeit Ostdeutschlands mit dem Mangel an Absatzmärkten, Rohstoffvorkommen und Experten zu erklären, anstatt die systemimmanenten Probleme der Planwirtschaft zu benennen, die schließlich nicht nur in der DDR, sondern in sämtlichen sozialistischen Ländern zum Desaster führten. Noch absurder sind Auslassungen über den höheren Grad an wirtschaftlicher Gleichheit jenseits der Elbe. Gleichwohl: Dem kenntnisreichen Buch sind reichhaltige Informationen zu entnehmen; die vorgenommene Gewichtung überzeugt aber häufig nicht.

Mitunter gewinnt man den Eindruck, als ließe sich der erfahrene Historiker mehr von seiner persönlichen politischen Überzeugung als von wissenschaftlicher Sachlichkeit leiten. Das betrifft etwa die bereits erwähnte Kategorie der sozialen Ungleichheit. Herbert beschreibt sie als durchgehendes Phänomen von der Kaiserzeit bis heute. Allerdings unterlässt er es meist, seine Aussagen präzise zu belegen. Der für die Frage einschlägige Gini-Koeffizient etwa (das statistische Maß zur Darstellung von Ungleichverteilungen) spielt für ihn keine Rolle. Gleichzeitig merkt er an, die Ungleichverteilung von Löhnen und Gehältern habe in der Bundesrepublik keine Sprengkraft entwickelt. Damit stellt sich jedoch die Frage nach ihrer Relevanz jenseits der persönlichen Gerechtigkeitsvorstellung des Autors. Ähnliches gilt für die Einschätzung der Familienpolitik. Zwar hat Herbert recht, wenn er

erklärt, die CDU unter Helmut Kohl habe große Vorbehalte gegen die Betreuung von Kindern außerhalb der Familie gehabt. Die Behauptung jedoch, ihr Familienleitbild habe in den 1980er-Jahren „im klaren Gegensatz zur Wirklichkeit“ gestanden, lässt sich weder mit der sozialen Praxis noch mit Meinungsumfragen belegen.

Noch eklatanter tritt das politische Bias¹ im Kapitel über die 1968er hervor: Einerseits arbeitet der Verfasser klar heraus, wie begrenzt die Bedeutung der Protestbewegung war, kommt dann aber zu dem Resümee, sie habe die Gesellschaft tief greifend und nachhaltig liberalisiert. Dabei blendet er die intoleranten und demokratiefeindlichen Züge der Bewegung, die sie ja auch in Konflikt mit Theodor W. Adorno und Jürgen Habermas brachten, weitgehend aus. Geradezu apologetisch wirkt seine Erklärung des Linksterrorismus: „Diese Radikalisierungen sind insofern als überschießende Reaktionen auf die tatsächlich bestehenden Liberalitäts- und Modernitätsdefizite zu begreifen, als Überdehnung bis ins gegenteilige Extrem. Dass dies in Westdeutschland, Frankreich und Italien zu besonders scharfen Eruptionen bis hin zur Entstehung linksradikaler Terroristengruppen führte, kann angesichts der hier besonders augenfälligen antidemokratischen Überhänge – Hitler, Pétain, Mussolini – nicht verwundern.“ Solche Beispiele stehen neben einer beeindruckenden Informationssammlung, vielen scharfen Analysen und klugen Gedanken. Die Schwachstellen sind jedoch zu eklatant, als dass sich von einem klugen Buch sprechen ließe.

¹ Durch falsche Untersuchungsmethoden (zum Beispiel Suggestivfragen) verursachte Verzerrung des Ergebnisses einer Repräsentativerhebung.